

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Vergabe und Abwicklung von Bauleistungen vereinheitlichen und straffen**

Die Vergabe und Abwicklung von öffentlichen Bauaufträgen soll sicherstellen, dass die besten Ergebnisse mit den eingesetzten, knappen Mitteln erzielt werden, es soll Wettbewerb geschaffen und Korruption verhindert werden. Hierfür müssen vielfältige landes-, bundes- und europarechtliche Regelungen zwingend eingehalten und die Einhaltung nachgewiesen werden. Die Komplexität der Verfahren erschwert es gerade kleinen und mittelständischen Bau- und Handwerksbetrieben, die ohne große Rechtsabteilungen arbeiten, schnell und aussichtsreich Angebote abzugeben.

Kleine und mittelständische Auftragnehmer von Bauleistungen und ihre Verbände signalisieren daher seit einigen Jahren, dass sie die Notwendigkeit des unterschiedlichen Verwaltungshandelns, der Entscheidungswege und der vielen verschiedenen Formulare im Vergabeprozess nicht immer nachvollziehen können. Gute Maßnahmen, wie zum Beispiel die Präqualifizierung von Betrieben, scheinen ihnen noch nicht auszureichen, um für alle Beteiligten die Prozesse im Bauleistungsbereich ausreichend zu optimieren.

Eine gegenseitige Evaluierung der Vergabe und Abwicklung von Bauleistungen könnte ein Weg zur Aufdeckung von Optimierungsbedarfen und -möglichkeiten sein. Die Etablierung geeigneter Mechanismen zur Verbesserung der Vergabeverfahren im Land Bremen sollte geprüft werden.

Daneben sollte das Land Bremen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene alle Handlungsspielräume und Einflussmöglichkeiten zur Vereinheitlichung von Wertgrenzen und Vergaberegungen nutzen, um insbesondere KMU und Handwerksbetrieben die Beteiligung an öffentlichen Aufträgen und wirtschaftliches Handeln zu erleichtern.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, Vergaberegeln und Vergabepaxis für öffentliche Aufträge im Land Bremen so zu vereinheitlichen und zu straffen, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU), insbesondere Handwerksbetriebe, sich mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand und realistischen Erfolgchancen um die Vergabe öffentlicher Bauaufträge bewerben und diese erfolgreich abwickeln können. Dabei sollen unter anderem
 - a) Vergaberegeln und Vergabepaxis der verschiedenen Verwaltungsbereiche unter Berücksichtigung der Situation von KMU und Handwerk vereinheitlicht und gestrafft und
 - b) die Einführung wirksamer Feedback-Verfahren im Beschaffungsprozess geprüft werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für bundeseinheitliche und zwischen den Bundesländern abgestimmte Wertgrenzen und Verfahren bei der Vergabe von Bauleistungen einzusetzen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, alle unmittelbaren und mittelbaren Einflussmöglichkeiten zu nutzen um zu erreichen, dass die Vergabevorschriften

in der EU so gestaltet werden, dass sich KMU und Handwerksbetriebe aussichtsreich und rechtssicher um öffentliche Aufträge bewerben können.

Ralph Saxe,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andreas Kottisch, Wolfgang Jägers,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD